

# Eine befremdliche Reaktion: Briefwechsel mit Greenpeace

Palästinakomitee Stuttgart, palaestinakomitee-stuttgart.de

Als die Bank für Sozialwirtschaft das Konto der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden auf den Druck einer offensichtlichen Verleumdungskampagne gegen die Gruppe kündigte, provozierte dies zahlreiche Solidaritätsaktionen und große Besorgnis wegen dieses Angriffs auf die Grundrechte einer jüdischen Organisation in Deutschland, die sich für die Menschenrechte einsetzt. Unter anderem äußerten sich viele jüdisch-israelische und jüdische Intellektuelle, die gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit von Kritikern israelischer Politik protestierten.

In einem von Professor Noam Chomsky, Professor Moshe Zuckermann, Professor Judith Butler, Professor Eva Illouz, Professor Rachel Giora, Dr. Ilana Hammermann, Dr. Tamar Amar-Dahl und vielen anderen unterzeichneten Brief heißt es:

*„Unter dem Vorwand des Schutzes jüdischen Lebens sind jedoch in dem Kontext Angriffe auf Organisationen und Personen, die sich mit den palästinensischen Bestrebungen nach Gleichheit und Befreiung solidarisch zeigen, inzwischen Alltag geworden. Die freie Rede in Bezug auf palästinensische Menschenrechte wird durch Forderungen, Diskussionen im öffentlichen Raum zu verbieten, durch öffentliche Verleumdungskampagnen und entsprechende Beschlüsse eingeschränkt. ...*

*Die Anfeindungen gegen die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (Jüdische Stimme) sind bezeichnend für dieses um sich greifende Phänomen und haben uns veranlasst, unsere Sorge gemeinsam zum Ausdruck zu bringen....“*

Brief vom 18. Januar 2019

veröffentlicht u.a. <https://www.juedische-stimme.de/2019/01/18/offener-brief-der-einsatz-fuer-menschenrechte-ist-nicht-antisemitisch/>

Auch viele Spender an gemeinnützige Organisationen reagierten besorgt auf den klaren Missbrauch des Antisemitismusvorwurfes für machtpolitische Zwecke. Sie weigerten sich, auf Konten der Bank für Sozialwirtschaft zu überweisen, die sich zum Werkzeug hatte machen lassen und baten um alternative Konten.

Sehr häufig machten die Spender positive Erfahrungen, die angeschriebenen Organisationen hatten sich mit dem Verhalten der Bank für Sozialwirtschaft kritisch auseinandergesetzt und versuchten ihren Unterstützern entgegen zu kommen. Eine auffällige Ausnahme macht Greenpeace. Die Organisation speist auch Personen, die Greenpeace seit Jahrzehnten finanziell unterstützen, mit Antworten ab, die jegliche Diskussion abblocken und ignoriert die Argumentation in sachlichen, ausführlichen Anschreiben der Spender. Wir wundern uns sehr darüber und dokumentieren die Korrespondenz eines Mitglieds. Angefügt findet sich auch positive Beispiele des Austauschs mit anderen Organisationen, die das Anliegen ihrer Spender ernst genommen haben

---

## **Brief Nr. 1 an Greenpeace**

Greenpeace e.V.  
Hongkongstr. 10  
20457 Hamburg

Sehr geehrte Frau Drust!

Wegen eines besonderen Anliegens wende ich mich persönlich an Sie.

Zunächst vielen Dank für die Zusendung Ihrer Bestätigung meiner Zuwendung vom vergangenen Jahr, die Sie seit vielen Jahren erhalten. Als langjähriger Koordinator der Indienarbeit von BROT FÜR DIE WELT, jetzt im Ruhestand, engagiere ich mich heute ehrenamtlich weiter für den Global March Against Child Labour und bin aktives Mitglied mehrerer Aktionsgruppen, die sich für Gerechtigkeit für die Palästinenser einsetzen. Dabei unterstützen ich und etliche von uns finanziell sowie verbal auch andere Organisationen, deren Arbeit uns besonders wichtig erscheint. Dazu gehört bei mir auch GREENPEACE .

Nun ist Ihnen sicher bekannt, dass der deutschen JÜDISCHEN STIMME FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN, weil diese sich hinter BDS = Boykott, Divestment und Sanktionen stellt, das Konto von der Bank für Sozialwirtschaft entzogen wurde.

Ich gehe davon aus, dass auch GREENPEACE nicht erst durch mich die Gründungsgeschichte von BDS durch 170 palästinensische NGOs im Jahre 2005 bekannt ist. Ziel ist, über die Weltöffentlichkeit Israel unter Druck zu setzen, endlich die UN Resolution 194 auf Rückkehr der vertriebenen Palästinenser bzw. deren Entschädigung umzusetzen. Weitere Hauptforderungen sind die Beendigung der 70-jährigen Besatzung, der Abriss der Mauer sowie die Räumung der von israelischen Siedlern besetzten Gebiete. Hinter dieser Forderung steht nicht nur der größte Teil der palästinensischen Bevölkerung, sondern sie erhalten auch zunehmend internationale Unterstützung. Betrieben von einer hochaktiven Israelloobby sowie der israelischen Regierung wurde in Deutschland inzwischen allerdings eine von der Mehrheit unserer Bundestagsabgeordneten getragene Resolution verabschiedet, BDS für antisemitisch und existenzbedrohend für den Staat Israel zu erklären. Um die Unterstützung von BDS in und durch Deutschland abzuwürgen, wurde die Vergabe öffentlicher Räumlichkeiten für Veranstaltungen von Organisationen, die sich hinter BDS stellen, abgeblockt. Auch solche, die mit BDS irgendwie sympathisieren, ohne sich mit dem Konzept zu identifizieren, sollen keinerlei Förderung mehr erhalten. Der Ablehnung von Raumvermietungen schließen sich inzwischen zunehmend auch private und nichtstaatliche Vermieter wie Vereine, Kirchen- gemeinden etc. an, um nicht mit Protesten aus dem Lobbybereich konfrontiert zu werden. Dies bewirkt eine beachtliche Einschränkung der in unserem Grundgesetz verankerten Meinungs- und Versammlungsfreiheit für Organisationen in Deutschland, die die täglichen Menschenrechtsverbrechen Israels an den Palästinensern öffentlich zu machen versuchen. Denn da wird leider auch von den meisten unserer Medien sehr vieles verschwiegen. Auch die Kooperation mit palästinensischen NGO´s wird beeinträchtigt, weil fast alle mit BDS sympathisieren. ,Dies gilt offenbar auch für palästinensische Partnerschaften mit dem BMZ, weshalb die Bundesregierung die Resolution wohl nicht als rechtswirksam übernommen hat.

Auch Druck auf andere Banken, Organisationen, die BDS unterstützen, ebenfalls die Konten zu entziehen, wurden von der Israelloobby schon unternommen.

Der Entzug der Gemeinnützigkeit bei Organisationen wie Attac, Campact, Bund der Antifaschisten (VVN BDA), dessen Ehrenvorsitzende Ester Bejarano Israels Palästinenserpolitik kritisiert, lässt nun auch in Deutschland den Versuch erkennen, solche Organisationen, die die deutsche Politik stören, zu schwächen.

GREENPEACE mag sich auf Grund seiner internationalen Verankerung in Deutschland noch nicht bedroht fühlen.

Dennoch erhoffen wir uns auch bezüglich der Kooperation mit Banken ein Mindestmaß an Solidarität von Ihnen.

---

Das Verhalten der Bank für Sozialwirtschaft ist für mich und viele von uns, die Spenden über diese geleitet haben, nicht tragbar.

Zugleich wissen wir um die administrativen Probleme und auch Spendenausfälle, die für große Organisationen wie GREENPEACE mit einem Kontenwechsel verbunden wären. Mein Vorschlag für Sie wäre, dass Sie ein Zweitkonto bei einer anderen Bank , evtl GLS, eröffnen , Ihre Spender aber auch auf das Warum hinweisen und ebenfalls die Bank für Sozialwirtschaft über die Gründe informieren. Dieser Debatte sollte das sonst so mutige GREENPEACE nicht ausweichen. Das Image der Bank für Sozialwirtschaft profitiert von Kontoinhabern wie Greenpeace. Umgekehrt sollte es nicht sein.

Es würde mich freuen, von Ihnen zu hören.

Eine kürzlich veröffentlichte Broschüre mit ausführlichen Details zu BDS sende ich Ihnen auf Wunsch gerne per Post zu.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Kruse

**Die Antwort von Greenpeace kam nicht von der persönlich angeschriebenen Leiterin der Serviceabteilung.**

---

**Betreff :**

Ihre E-Mail an den Greenpeace Fördererservice: Rainer Kruse Förder-Nr.:

**Von:** [info@foerdererservice.greenpeace.de](mailto:info@foerdererservice.greenpeace.de) <[info@foerdererservice.greenpeace.de](mailto:info@foerdererservice.greenpeace.de)>

**An:** [kruse-rai@t-online.de](mailto:kruse-rai@t-online.de) <[kruse-rai@t-online.de](mailto:kruse-rai@t-online.de)>

Förderer-Nr.: 5214702713

Guten Tag Herr Kruse, vielen Dank für Ihre ausführliche Email und ihre Hinweise.

Wir haben den Eindruck, dass die Bank diese Entscheidung nicht leichtfertig und überhastet getroffen hat, sondern dass dem eine intensive Auseinandersetzung vorausgegangen ist.

Wir besitzen übrigens mehrere Spendenkonten u.a. bei der GLS Bank:

<https://www.greenpeace.de/spenden?BannerID=00000000000000>

Viele Informationen über Greenpeace finden Sie übrigens auch hier:

<https://www.greenpeace.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft>

An dieser Stelle möchte ich mich auch für Ihre Unterstützung ganz herzlich bedanken.

Freundliche Grüße

Kristine Läger-Kiehne  
Information und Fördererservice  
Greenpeace e.V.  
Hongkongstr. 10  
20457 Hamburg

**Brief Nr.3**

[Rainer Kruse]

15.2.2020

Greenpeace Förderservice  
Frau Läger-Kiehne  
Hongkong Straße 10  
20457 Hamburg

Betrifft: Problematische Bank für Sozialwirtschaft

Guten Tag Frau Läger -Kiehne

Ich nehme Bezug auf Ihre Antwort auf mein Schreiben vom 9.2. zum Umgang der Bank für Sozialwirtschaft mit der Jüdischen Stimme.

Es entstand bei mir der Eindruck, dass Sie versuchten, ein inhaltsschweres Schreiben arbeitsschonend wieder loszuwerden. Dabei haben Sie sich leider nur sehr einseitig über die Auseinandersetzung informiert und nicht versucht, die Sicht der Jüdischen Stimme kennenzulernen. Indirekt haben Sie in Ihrer Antwort die Verurteilung von BDS - der gewaltlosen Bewegung gegen Israels Menschen- und Völkerrechtverbrechen am palästinensischem Volk - durch die Bank zumindest hingenommen.

Auch um einen Konflikt zwischen Greenpeace und einer Gruppe von Menschenrechtsorganisationen, die hinter BDS und der Jüdischen Stimme stehen, sowie vielen Sympathisanten zu vermeiden, erscheint es mir unbedingt wichtig, Ihre Geschäftsleitung und auch die politische Abteilung in die Auseinandersetzung einbeziehen. Bitte bedenken Sie, dass auch anderen NGO´s, die in Deutschland politische Arbeit leisten, ähnliches passieren kann.

Wir stellen zunächst einmal fest, dass unabhängig davon, ob eine Organisation sich hinter BDS stellt oder nicht, Banken nicht das Recht haben, ihre Dienstleistungen als Mittel einzusetzen, um in Deutschland Meinungsfreiheit zu kontrollieren.

„Der Vorstand der BSW nimmt sich somit die Deutungshoheit, unabhängig vom Grundgesetz zu bestimmen, welche Meinung vertretbar ist und welche nicht - anders ausgedrückt: Die Bank übt politische Zensur aus.“( Zitat aus der Stellungnahme des Kontoinhabers zur Kontokündigung) .

Der ausführliche Bericht des UN Special Committees zu den Auswirkungen von israelischen Praktiken auf die Menschenrechte der Palästinenser vom 20.Nov.2019 macht deren Ausgeliefertsein an israelische Willkür erschreckend deutlich.

Link: <https://undocs.org/en/A74/356>

Der UN-Sicherheitsrat hatte bereits im Dez. 2016 in einer Resolution Israels völkerrechtliche Besatzungs- und Siedlungspolitik erneut verurteilt.

Auf EU-Ebene gehört BDS zu den legitimen politischen Initiativen, die durch das Recht auf freie Meinungsäußerungen gedeckt sind. Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, hat diesbezüglich einer speziellen Anfrage zu BDS wie folgt bestätigt: „Die EU schützt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die auf dem Gebiet aller Mitgliedsstaaten anwendbar ist, auch im Hinblick auf BDS-Maßnahmen, die in diesem Gebiet durchgeführt werden“.

Die Arbeit von Greenpeace konzentriert sich, wie geschrieben, schwerpunktmäßig auf den „Schutz von Allgemeingütern: unseren Lebensgrundlagen“. Sie werden dafür weltweit geschätzt. Auch von mir, wie ich mehrfach betont habe. Es geht mir und uns jetzt nicht darum, Sie in den Palästinakonflikt hineinzuziehen. Die deutsche Situation ist allerdings, wie Sie wissen auf Grund unserer Geschichte eine besondere. Die Tragödie, dass unsere Wiedergutmachungsanstrengungen für den Mord an sechs Millionen Juden großen Anteil an dem Desaster der Vertreibung des Volkes der Palästinenser haben, wird bei uns kaum erkannt. Ein Volk, -es waren ja nur Araber-, wurde gezwungen zu gehen, um einem anderen Volk eine Heimat zu geben. ( Schiller: Das ist der Fluch der Bösen Tat, dass sie fortzeugend immer Böses muss gebären ). In Wahrheit tragen die Palästinenser bis heute den Großteil der deutschen Schuld ab und werden ständig weiter drangsaliert. Wenn sie sich auch nur gewaltlos dagegen wehren, ist das antisemitisch.

Ich hatte geglaubt und hoffe es immer noch, dass der deutsche Flügel von Greenpeace in der geschilderten Situation den Kontoentzug an einer deutsch-israelischen Organisation, die sich für ein gleichberechtigtes friedliches Miteinander beider Völker hinter die gewaltlose BDS Kampagne der Palästinenser stellt, nicht schweigend hinnimmt

Deshalb habe ich Ihre Reaktion auf mein Schreiben nur im engsten Kreis besprochen.

Dankbar bin ich für die Nachricht über Ihr Alternativkonto. Einen schweigenden Wechsel einer Anzahl von Spendern wird die BSF allerdings kaum wahrnehmen. Deshalb hatte ich einen Vorschlag gemacht, der ihr zumindest deutlich macht, dass Greenpeace mit dem, was da geschah, nicht einverstanden ist. Und wenn Greenpeace ganz großen Mut aufbringt, sollten seine deutschen Spender auch über das Warum erfahren. Dass die Abbuchung meiner Spenden an Greenpeace ab jetzt über die GLS laufen soll, versteht sich.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Kruse

Eine Broschüre zu BDS füge ich bei

---

## **Brief Nr. 3a Antwort von Greenpeace**

**Betreff:** Ihr Brief incl. Broschüre an den Greenpeace-Förderservice

**Von:** [info@foerderservice.greenpeace.de](mailto:info@foerderservice.greenpeace.de)

**An:** [kruse-rai@t-online.de](mailto:kruse-rai@t-online.de)

### **Förderer-Nr.:**

Guten Tag Herr Kruse,

danke für Ihren ausführlichen Brief und die Übersendung der Broschüre.

Wir können Ihre Einzugsermächtigung nicht auf unser GLS Konto umstellen.

Ich gehe davon aus, dass Sie Ihre Unterstützung per Einzugsermächtigung dann beenden wollen?

Für Ihre Überweisung oder Ihren Dauerauftrag nutzen Sie gern unser Spendenkonto bei der  
GLS Gemeinschaftsbank eG:

IBAN: DE49 4306 0967 0000 0334 01

BIC/Swift-Code: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie im Verwendungszweck der Überweisung Ihre Fördernummer an.

Auf diese Weise können wir die Spende sicher Ihrer Person zuordnen und Sie erhalten zu Beginn des kommenden  
Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung von uns.

Freundliche Grüße

Kristine Läger-Kiehne

Information und Fördererservice

Wir sind montags bis donnerstags zwischen 9:00 und 17:00 Uhr und freitags bis 16:00 Uhr unter der Telefonnummer  
040 / 306 18-222 für Sie da. Sie erreichen uns auch per E-Mail unter [foerderer@greenpeace.de](mailto:foerderer@greenpeace.de).

Greenpeace e.V.

Hongkongstr. 10

20457 Hamburg

#### **Brief Nr. 4**

Guten Morgen Frau Läger-Kiehne!

Ihre Antwort auf mein Schreiben bezieht sich ja lediglich auf den Umgang mit meinen Spenden. Auf den eigentlichen Inhalt, zu dem ich gebeten hatte, die Geschäftsführung und die Politische Abteilung von Greenpeace mit einzubeziehen, wurde nicht eingegangen. Bitte lassen Sie mich wissen, ob darauf noch separat geantwortet wird oder ob ich Ihre Zeilen als Gesamtantwort verstehen soll.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Kruse

Am 17.02.2020 um 16:37 schrieb [info@foerdererservice.greenpeace.de](mailto:info@foerdererservice.greenpeace.de):

BIC/Swift-Code: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie im Verwendungszweck der Überweisung Ihre Fördernummer an.

Auf diese Weise können wir die Spende sicher Ihrer Person zuordnen und Sie erhalten zu Beginn des kommenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung von uns.

#### **Brief Nr 5**

Mail vom 21.02.2020

Förderer-Nr.:

Guten Tag Herr Kruse,  
danke für Ihre Nachfrage.

Ich habe die Antwort an Sie mit der Teamleitung Finanzen abgestimmt.

Und ja, Sie können die Antwort als Gesamtantwort betrachten.

Freundliche Grüße

Kristine Läger-Kiehne

Information und Fördererservice

**Im Kontrast zu Greenpeace die Reaktion von zwei der vielen Organisationen, die die Kritik an der Vorgehensweise der Bank für Sozialwirtschaft gegenüber der Jüdischen Stimme für Gerechten Frieden und die dadurch motivierten Bedenken ihrer Förderer gegenüber dieser Institution ernst nimmt.**

**Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 160624, 60069 Frankfurt**

Frankfurt am Main, 24.02.2020

## Bitte um alternatives Spendenkonto / Ihre Mail vom 08.02.2020

Sehr geehrter Herr Kruse,

herzlichen Dank für Ihre Mail, auf die ich Ihnen hiermit gerne antworte.

Auch von anderen Unterstützer\*innen unseres Fördervereins haben wir in den vergangenen Monaten ähnliche Zuschriften erhalten, in denen - unter Bezug auf die Kontokündigung der „Jüdische Stimme“ durch die Bank für Sozialwirtschaft – PRO ASYL um ein alternatives Spendenkonto gebeten wird. Wir haben diese Zuschriften und auch die Bitten nach einem Wechsel der Bank für das PRO ASYL-Spendenkonto sehr ernst genommen und daraufhin Folgendes unternommen: Zum einen haben wir die Bank für Sozialwirtschaft angeschrieben mit der Bitte, ihre Entscheidung bzgl. der Kontokündigung zu überdenken. Auch PRO ASYL sieht es kritisch, wenn ein Geldinstitut eine Kündigung erteilt, weil ihr Kunde sich politisch – oder vielleicht nicht politisch *opportun* – äußert. Auch wenn es durchaus Äußerungen aus dem BDS-Spektrum gibt, die wir nicht mittragen oder mindestens für problematisch halten.

Vor einigen Monaten hat die Bank auf unser Schreiben mit Verweis auf eine umfassende Stellungnahme geantwortet, in der sie u.a. darlegt, warum sie die Kündigung des Kontos der „Jüdische Stimme“ nicht ein weiteres Mal zurücknehmen wird: <https://www.sozialbank.de/ueberuns/presse/presseinformationen/detail/news/detail/News/statement-der-bank-fuersozialwirtschaft-ag-zu-ihrer-rolle-als-politisch-neutrales-kreditinstitut-fuer.html>

Weiterhin haben wir das Für und Wider der Konsequenzen eines Bankwechsels und der Eröffnung eines Zweitkontos für PRO ASYL eingehend reflektiert. Auch haben wir überlegt, welche Bank unsere Belange technisch und infrastrukturell stemmen kann und gleichzeitig in Bezug auf soziale, ökologische und politische Integrität überhaupt als alternatives Geldinstitut für PRO ASYL in Frage käme. Wirklich fündig sind wir nicht geworden. Schließlich sind wir zu dem Schluss gekommen, dass ein „Umzug“ zu einer anderen Bank für den Förderverein PRO ASYL mit immensen Kosten verbunden wäre, die unserer Ansicht nach in keinem Verhältnis zum politischen Nutzen und unserem satzungsgemäßen Auftrag stehen würde und der damit letztlich auch gegenüber unseren Fördermitgliedern und Spender\*innen nicht zu rechtfertigen wäre.

Als einzige Alternative für Personen, die uns ohne Beteiligung der BfS unterstützen wollen, können wir im Moment Folgendes anbieten: **Die Stiftung PRO ASYL führt ihr Konto bei der KD-Bank.** Die Bankverbindung der Stiftung lautet:

Bank für Diakonie, IBAN DE17 35060190  
1013 7010 12, BIC GENODED1DKD.

Die Tätigkeiten der Stiftung sind inhaltlich eng mit denen des Fördervereins verbunden. Einen Einblick gibt Ihnen die Stiftungsseite auf unserer Homepage: <https://www.proasyl.de/stiftungpro-asyl/> Beispielhaft für die Arbeit der Stiftung möchte ich auf unser langjähriges Projekt in Griechenland hinweisen. Hier eine News dazu <https://www.proasyl.de/news/elend-totemisshandlungen-ein-dauerzustand-mitten-in-europa/> Erwähnt sei auch die enge Kooperation mit dem Ungarischen Helsinki Komitee, das die Stiftung PRO ASYL in 2018 nicht nur mit dem Menschenrechtspreis ausgezeichnet hat, sondern über Jahre hinweg in vielerlei Hinsicht unterstützt.

Mehr dazu unter <https://www.proasyl.de/news/menschenverachtender-fluechtlingspolitik-die-stirn-bieten-das-ungarische-helsinki-komitee/> und <https://www.proasyl.de/news/den-gefallen-aufzugeben-wollen-wir-ihnen-nicht-tun-menschenrechtsarbeit-in-ungarn/>.

Wir hoffen, Sie können meine Erklärungen nachvollziehen und würde mich sehr freuen, wenn Sie unserer Arbeit auch zukünftig gewogen blieben.



Mit herzlichem Gruß  
Günter Burkhardt

Geschäftsführer Gerhard D.

den 13.7.2019

Forum Ziviler Friedensdienst  
AG - Dienst für den Frieden  
Endenicher Str. 41  
53115 Bonn

Betr.: Bank für Sozialwirtschaft (BfS)

Sehr geehrte Damen/Herren,

Immer wieder erreicht mich eine Mitteilung vom *Forum Ziviler Friedensdienst* zusammen mit einem Überweisungsträger ausgestellt auf die *Bank für Sozialwirtschaft (BfS)*.

Ich werde für absehbare Zeit keine Spende mehr an das genannte Bankinstitut für Ihre Organisation überweisen, auch wenn ich bisher Ihre dringend notwendige Initiative seit Jahren gerne unterstützt habe.

Meine Weigerung, das Konto der *BfS* zu benutzen, ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die *BfS* das Konto des gemeinnützigen Vereins „*Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*“ (*JS*) zum ersten Male Anfang Dezember 2016 und nun erneut gekündigt hat.

Nach einem langwierigen Klärungsversuch von Seiten des Konteninhabers begründete die Bank die Entscheidung mit einem politischen Argument: Die Unterstützung der BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestition und Sanktionen) zivilgesellschaftlicher palästinensischer Organisationen durch den Verein ist der Bank ein Dorn im Auge.

Die Bank hat sich durch die Kündigung zu einem Instrument demokratiefeindlicher Gruppen gemacht, die jede Form der Solidarität mit dem Freiheitskampf der Palästinenser zum Schweigen bringen wollen.

Ich stelle daher fest: Unabhängig davon, ob eine Organisation BDS unterstützt oder nicht, hat die Bank nicht das Recht, ihre Dienstleistungen als Mittel einzusetzen, um in Deutschland die Meinungsfreiheit zu kontrollieren.

„Der Vorstand der *Bank für Sozialwirtschaft* nimmt sich somit die Deutungshoheit, unabhängig vom Grundgesetz zu bestimmen, welche Meinung vertretbar ist und welche nicht – anders ausgedrückt: Die Bank übt politische Zensur aus.“ (Zitat aus der Stellungnahme des Konteninhabers zur Kontenkündigung vom Dezember 2016). Diesem Satz ist auch jetzt nichts mehr hinzuzufügen.

Da dieser ungeheuerliche Vorgang - einem jüdischen Verein, wird in Deutschland ein Vereinskonto gekündigt, weil der *BfS* die politische Ausrichtung eines Konteninhabers nicht passt (!) - hat nicht nur damals, sondern zieht erneut Kreise nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland sondern bereits auch im Ausland.

Der UN-Sicherheitsrat hat am 23. Dezember 2016 in einer Resolution Israels völkerrechtswidrige Besatzungs- und Siedlungspolitik erneut verurteilt. Damit bestätigt das internationale Gremium, die Position der „*Jüdischen Stimme*

*für gerechten Frieden in Nahost" und die im Kairos Palästina Dokument* palästinensischer Christen formulierte Forderung von 2009, die Besatzung zu beenden. Näheres entnehmen Sie bitte dem unten angegebenen links.

Sie können Druck auf die *BfS* ausüben, um die Haltung der Bank zu ändern oder die Zusammenarbeit mit der *BfS* aufzukündigen. Ich bitte freundlich um Stellungnahme.

Ich werde meine Absicht, mich dem Konto der *BfS* zu verweigern, öffentlich machen, damit möglichst viele Spender und andere Interessierte über diesen Vorgang informiert werden, solange bis die *BfS* ihre in keiner Weise nachvollziehbare Entscheidung korrigiert.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard D.

PS. weitere Informationen unter [www.juedische-stimme.de](http://www.juedische-stimme.de) und [www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)

19.8.2019

Sehr geehrter Herr D.,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre E-Mail und entschuldigen Sie, dass wir nicht schneller auf Ihren Brief reagiert haben.

Grundsätzlich stimmen wir Ihrer Einschätzung absolut zu: Auch wir halten die Entscheidung der BfS-Bank für völlig unangemessen und falsch. Schon vor zwei Jahren, als erstmalig eine Entscheidung zur Kündigung des Kontos der Jüdischen Stimme getroffen worden war (wir haben damals in einen Schreiben an die Bank dagegen protestiert und die Entscheidung wurde nochmals rückgängig gemacht), haben wir gegen die Entscheidung der BfS-Bank protestiert.

Nachdem nun endgültig von der BfS-Bank die Kontokündigung der Jüdischen Stimme, die ja ebenso wie das forumZFD zu den Organisationen gehört, die den Göttinger Friedenspreis erhalten haben, ausgesprochen wurde, haben wir erneut unsere Missbilligung dieser Entscheidung gegenüber der BfS-Bank zum Ausdruck gebracht. Zudem haben wir einen Prozess initiiert, in dem wir derzeit prüfen, inwieweit und in welcher Form wir unser Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft aufkündigen können, ohne unsere Gesamtarbeit zu gefährden (es laufen ja alle Spenden und Förderbeiträge über die BfS). Der Vorstand des forumZFD wird in Kürze entscheiden, ob und in welcher Form wir uns von der BfS lösen, zumindest aber unabhängiger machen können, weil wir eine sichtbares Zeichen setzen möchten, dass wir mit der Entscheidung der Kontoaufkündigung der BfS gegenüber der Jüdischen Stimme nicht einverstanden sind.

In der Zwischenzeit haben wir ein zweites Spendenkonto bei der GLS-Bank (Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken) eröffnet, weil es neben Ihnen, Herr D., auch weitere Personen gab, die sich in ähnlicher Weise wie Sie kritisch geäußert haben. Die Kontonummer bei der GLS-Bank lautet: DE90 4306 0967 4103 7264 00.

Über eine Entscheidung des Vorstands, wie das forumZFD mit dem BfS-Konto weiter umgehen will, werden wir Sie zeitnah informieren. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Oelerich